

Guten Morgen,

ich bin Harald Möller-Santner und spreche für das Bündnis Solidarische Stadt Hamburg, dem sich in den vergangenen 10 Monaten 86 Organisationen, Institutionen, Gruppen und Netzwerke angeschlossen haben.

Seit sich der neue Senat mit seinem Koalitionsvertrag vorgestellt hat, könnte man meinen, unser Bündnis sei überflüssig geworden.

Denn erstmals erklärten die Senator*innen Hamburg zur solidarischen Stadt – und zwar gleich mehrfach!

Wenn man jedoch genau in das hineinschaut, was die Koalitionspartner zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht vereinbart haben, klingt das nach „Weiter so!“.

Wie schon im Herbst 2018, als der Senat nach der großen Seebrücken-Demonstration Hamburg zum Sicheren Hafen erklärte, werden vollmundige, aber völlig unverbindliche Ankündigungen gemacht.

Wie schon vor knapp 2 Jahren wird beteuert, dass man selbstverständlich zur Aufnahme von Geflüchteten in unserer Stadt bereit sei, auch über die Zahl hinaus, die sich aus der bundesweiten Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel ergibt, wenn – ja, wenn das Bundesinnenministerium sie nach Deutschland holt

Aber was ist aus dem Versprechen von 2018 geworden, die aus Seenot Geretteten mit offenen Armen in unserer Stadt aufzunehmen?

Nach 20 Monaten kann man die Zahl der tatsächlich nach Hamburg Gekommenen fast an zwei Händen abzählen! Oder hält der Senat seine guten Taten geheim, um keinen pull effect auszulösen?

Natürlich hätte der Senat mehr aufgenommen, wenn Seehofer sie ins Land gelassen hätte, wird immer wieder betont. Und ich glaube das sogar.

Aber die Senator*innen stehlen sich aus ihrer moralischen und politischen Verantwortung! Man kann doch nicht einfach darauf warten, dass ein Bundesminister humanitär handelt, der die Migration zur Mutter aller Probleme erklärt hat!

Horst Seehofer reagiert nur, wenn der Druck der Öffentlichkeit zu groß wird, wie vor wenigen Monaten, als bekannt wurde, dass über 5.000 Kinder und Jugendliche ohne Eltern in den katastrophal überfüllten Lagern oder auf den Straßen Griechenlands ihr Leben fristen müssen – unter absolut unmenschlichen Bedingungen, hungernd, frierend, schutzlos gegen sexuelle und andere Gewalt.

Da plötzlich sah sich Heimat-Horst, dessen Partei angeblich das Wohl der Kinder und den Schutz der Familie ganz großschreibt, nach 3-4 Monaten gezwungen, knapp 1%, nämlich 47, der unbegleiteten Minderjährigen nach Deutschland zu holen.

Selbst, wenn irgendwann 500 von ihnen zu uns kommen dürfen, bedeutet dies, dass 90% dieser am meisten schutzbedürftigen Menschen weiter ihrem Schicksal überlassen werden.

Warum? „Weil die anderen europäischen Länder ja auch nicht aufnehmen wollen!“ – „Es darf keinen Alleingang geben.“

Nein, Herr Tschentscher, Frau Fegebank, Frau Leonhard, Herr Grote und Kolleg*innen – da machen Sie es sich zu einfach!

Natürlich darf es – ja muss es notfalls - einen Alleingang Deutschlands und auch Hamburgs geben!

Sie drücken sich um den Konflikt mit der Bundesregierung!

Sie sagen, ein Landesaufnahmeprogramm sei nicht das richtige Mittel, weil ja das Bundesinnenministerium letztlich die Einreise-Visa ausstellen muss.

Dann versuchen Sie es doch wenigstens einmal!

Setzen Sie Herrn Seehofer unter Druck, wie es andere Bundesländer, z.B. Thüringen und Berlin, versuchen! Je mehr Landesregierungen dies tun, desto schwieriger wird es für die Bundesebene, die inhumane Abschottungspolitik weiter zu betreiben!

Beschließen Sie endlich, dass im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms mindestens 1000 Menschen, die schreckliche Not leiden, nach Hamburg kommen dürfen!

Seit über 4 Jahren – nämlich seit die Balkanroute geschlossen wurde, und seit uns die furchtbaren Bilder aus Idomeni erreichten, wird diese Forderung aus der Hamburger Zivilgesellschaft erhoben.

Wir hatten schon vor Jahren mit unserer Petition „Hamburg hat Platz!“ hier gestanden und genau diese Forderung erhoben. 35 Organisationen hatten uns unterstützt, die weit über 100.000 Hamburger Bürger*innen vertraten.

Reden Sie sich nicht länger heraus! Jetzt ist es an der Zeit, sich als wirklich solidarische Stadtgesellschaft zu beweisen und endlich einen mutigen, humanitären Schritt zu gehen!

HAMBURG NIMM AUF!